

***Chancen und Grenzen von Partizipation. Die Organisation  
partizipativer Prozesse im Rahmen des Bundesprogramms  
„Demokratie leben!“***

**Kari-Maria Karliczek  
Jasmin Rocha**

Aus: Erich Marks (Hrsg.):  
Prävention & Demokratieförderung  
Ausgewählte Beiträge des 24. Deutschen Präventionstages  
20. und 21. Mai 2019 in Berlin  
Forum Verlag Godesberg GmbH 2021, Seite 207-227

978-3-96410-006-1 (Printausgabe)  
978-3-96410-007-8 (eBook)

**Chancen und Grenzen von Partizipation.  
Die Organisation partizipativer Prozesse im Rahmen des  
Bundesprogramms „Demokratie leben!“**

**Einleitung**

Beteiligung ist gerade in der Demokratieförderung ein zentrales Gestaltungsprinzip. Wer gesellschaftliche und politische Teilhabe fördern will, steht schließlich auch selbst in der Pflicht, diese zu leben. Projekte, die es schaffen, ihre Zielgruppe aktiv zu beteiligen, erweisen sich außerdem oft als erfolgreicher als Projekte, die dies nicht tun. Auch in dem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ ist Partizipation als ein Aspekt der Demokratieförderung ein wichtiges Instrument der Zielentwicklung und Projektumsetzung.

Aber was bedeutet Beteiligung konkret? Wer soll beteiligt werden und mit welchem Ziel? Welchen Grenzen und Herausforderungen begegnen Akteur\*innen in der Praxis, wenn es darum geht, partizipative Prozesse zu gestalten? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit Partizipation das Versprechen von Relevanz und Effektivität auch tatsächlich einlösen kann und nicht zur leeren Phrase wird?

Diesen Fragen wird auf der Grundlage der Ergebnisse der von Camino umgesetzten wissenschaftlichen Begleitungen zweier Programmbereiche von „Demokratie leben!“ – zum einen der Partnerschaften für Demokratie, zum anderen der Modellprojekte im Förderbereich Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft – nachgegangen. Dabei konnte Camino auf die Erfahrungen aus den wissenschaftlichen Begleitungen der Lokalen Aktionspläne (heute Partnerschaften für Demokratie) in den Programmen „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „Toleranz fördern, Kompetenz stärken“ nutzen.

---

<sup>1</sup> Die Autorinnen sind Mitarbeiterinnen bei Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH.

Im Beitrag wird zunächst eine Begriffsbestimmung vorgenommen, die neben einer Definition auch eine konkrete Operationalisierung vorschlägt (1.2). Chancen und Grenzen partizipativer Prozesse werden am Beispiel der Partnerschaften für Demokratie einerseits und der Modellprojekte im Themenbereich „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“ andererseits aufgezeigt.

Die Partnerschaften für Demokratie bringen auf kommunaler Ebene Politik, Verwaltungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Bürger\*innen zusammen, um demokratisches Handeln zu fördern und Phänomenen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu begegnen bzw. vorzubeugen. Ziel ist es, entsprechende, hierfür notwendige, kommunale Strukturen zu fördern und sensibilisierend in ein Gemeinwesen zu wirken (ausführlich 1.3). Seit 2015 wurden unterschiedlichste empirische Erhebungen durchgeführt. Insbesondere qualitative Interviews mit Akteur\*innen, die an der Umsetzung der Partnerschaften beteiligt sind, sowie mit externen Akteur\*innen in einem ausgewählten Sample ermöglichten die Sichtbarmachung unterschiedlicher Perspektiven auf die Umsetzung partizipativer Prozesse in den Partnerschaften für Demokratie unter Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Kontexte (Camino/ISS 2016, 21ff.; Camino/ISS 2017, 26ff.).

Der zweite wissenschaftlich begleitete Programmbereich umfasst ca. 40 Modellprojekte, die seit 2017 an verschiedenen Standorten in Deutschland und mit variierender Reichweite (neue) Ansätze zum Empowerment von Menschen, die von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind, zur Konfliktbewältigung und zur interkulturellen Öffnung von Organisationen erproben (ausführlich 1.3). Sowohl in den quantitativen als auch in den qualitativen Erhebungen spielten Fragen der Beteiligung durchgehend eine zentrale Rolle. Nicht zuletzt sind viele Projekte mit dem Ziel angetreten, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von Menschen, die von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind, zu stärken (Camino 2018, 6).

Gerade weil die beiden Programmbereiche – Partnerschaften für Demokratie einerseits und die Modellprojekte andererseits – in ihren Strukturen und Prozessen sehr unterschiedlich sind, eignen sie sich besonders für eine vergleichende Betrachtung der Bedeutung von Partizipation, aber auch der damit verbundenen Herausforderungen in der Demokratieförderung. Nach einer Darstellung der spezifischen Chancen, die partizipative Prozesse in beiden Programmbereichen mit sich bringen (1.4), werden die empirischen Befunde aus den wissenschaft-

lichen Begleitungen der Programmbereiche zur Organisation und Umsetzung partizipativer Prozesse beschrieben (1.5) und ihre Grenzen herausgearbeitet (1.6). Zum Abschluss stellen wir unsere Schlussfolgerungen zur Diskussion, die als Lernerfahrungen auch für andere Kontexte relevant sind (1.7).

### **Partizipation als Handlungsmaxime – Definition und Operationalisierung**

Nicht nur im Bereich der Demokratieförderung, sondern auch in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen gibt es zunehmend den Anspruch, partizipative Verfahren als Gestaltungselement zu nutzen. Bürger\*innen sollen nicht nur am Wahltag zur politischen Willensbildung beitragen, sondern auch an der Gestaltung ihres Lebensumfeld mitwirken, ihre Ideen in Konzepte zum Schutz der Umwelt oder in die Zusammenstellung des Mittagsmenus in der Schule einbringen. Insbesondere im sozialen Bereich tritt der Begriff der Partizipation inzwischen ubiquitär auf und wird oft als Grundvoraussetzung für das Gelingen von Projekten und Prozessen benannt. Gerade aufgrund seiner ubiquitären Verwendung und einer damit einhergehenden gewissen Beliebigkeit (kritische Auseinandersetzung mit der Verwendung des Begriffs vgl. Ahrens/Wimmer 2014), ist es besonders wichtig, Partizipation genau zu definieren und – insbesondere wenn Projekte und Prozesse evaluierend begleitet werden – auch zu operationalisieren.

In der Politikwissenschaft wird Partizipation unter Rückgriff auf Jürgen Habermas' Theorie der deliberativen Demokratie oft als Instrument der politischen Willensbildung betrachtet (z.B. Habermas 1998, 369ff.), wobei der Raum des Politischen eher eng definiert wird. Es geht um öffentliche Diskurse politischer Themen, deren Ergebnisse politischen Entscheidungsträgern vorgelegt werden. Ein anderes Verständnis betrachtet Partizipation als Möglichkeit, eigentlich Ausgeschlossene in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, dadurch einen Bereich der Inklusion zu schaffen (Gusy 2005, 253), und so Teilhabe zu ermöglichen. Partizipation bezieht sich nicht mehr nur auf den Raum des Politischen, sondern umfasst ebenso den Raum des Sozialen. Es geht ganz grundsätzlich um „die Kommunikation im Hinblick auf Entscheidungssituationen und Entscheidungen“ (Gusy 2005, 247), unabhängig vom jeweiligen Handlungsbereich.

Wird der Begriff Partizipation mit der Idee von Demokratieförderung als präventivem Instrument verlinkt, ist sowohl der Aspekt der politischen Willensbildung als auch der Aspekt der Teilhabe an sozialen

Prozessen relevant. Für unsere Untersuchungen haben wir deshalb einen weiten Partizipationsbegriff gewählt, der sich nicht auf Prozesse der politischen Willensbildung beschränkt, sondern auch Prozesse des gesellschaftlichen Zusammenlebens berücksichtigt, in denen Entscheidungen getroffen werden. Im Folgenden bezeichnet Partizipation eine notwendige Voraussetzung gesellschaftlicher Integration in Form einer Einbindung von Akteur\*innen in soziale Prozesse und ihrer Teilnahme am gesellschaftlichen Leben (Bora 2005, 16). Konkret bedeutet dies, dass Akteur\*innen aus verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten gemeinsam Prozesse gestalten, z.B. im Rahmen der Entwicklung oder der Umsetzung von Projekten.

Um differenzierte Aussagen darüber treffen zu können, inwieweit dies gelingt, bedarf es eines entsprechend differenzierten Operationalisierungskonzepts. Die wissenschaftlichen Begleitungen beider Programmbereiche verwenden die sogenannte Partizipationstreppe und haben sie entsprechend der Erfordernisse der untersuchten Programmbereiche angepasst. Mit der Partizipationstreppe wird auf ein bereits 1969 entwickeltes Instrument zurückgegriffen (Arnstein 1969), das durch die Möglichkeit, mehr Stufen einzufügen oder auch weniger Stufen zu nutzen, eine hohe Flexibilität aufweist.

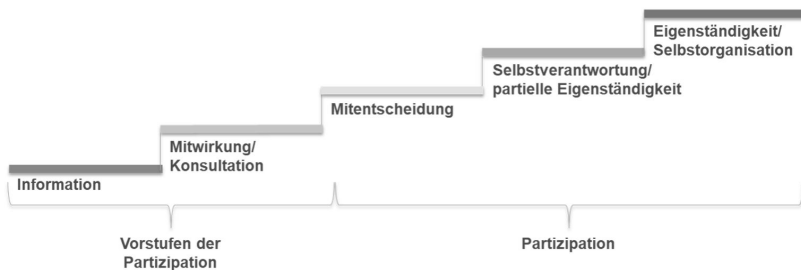


Abbildung 1: Partizipationstreppe. Quelle: eigene Darstellung nach Sherry Arnsteins „Ladder of Participation“ (1969).

Eine Vorstufe der Partizipation ist die Information. Hier geht es insbesondere um das Wissen über Projekte und Beteiligungsmöglichkeiten: Akteur\*innen werden informiert, woran und in welcher Form sie sich beteiligen bzw. teilhaben könn(t)en und welche Ziele damit verfolgt werden. Information ist eine notwendige Voraussetzung für Partizipation, ein erster Schritt auf der Partizipationstreppe, steht aber selbst noch nicht für Partizipation.

Eine weitere Vorstufe der Partizipation ist die Mitwirkung bzw. Konsultation. Akteur\*innen nehmen an Prozessen teil und haben zumindest die Möglichkeit, ihre Meinungen und Anliegen zu formulieren, ohne jedoch einen direkten Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen. Von Mitwirkung bzw. Konsultation ist dann die Rede, wenn Projekte so angelegt sind, dass sie einen konzeptionellen Wechsel erlauben, sodass die Teilnehmer\*innen die realistische Chance haben, durch das Kundtun ihrer Standpunkte auf die Projektgestaltung und Projektumsetzung Einfluss zu nehmen, auch wenn sie nicht in die Entscheidungsverfahren eingebunden sind. Die Möglichkeit, selbst zu gestalten, bleibt für die einbezogenen Akteur\*innen eher vage. Ihr Wissen, ihr Standpunkt und/oder ihr innovatives Potenzial werden zwar diskursiv einbezogen, sie haben aber keinen Einfluss darauf, in welcher Form sich dies in Handlung übersetzt, partizipieren also auf dieser Stufe noch nicht.

Partizipation im eigentlichen Sinne beginnt erst mit der Möglichkeit der Mitentscheidung. Hier können die Akteur\*innen Einfluss auf Entscheidungen nehmen, die z.B. die Konzeption oder die Umsetzung eines Projekts oder eines kommunalen Handlungskonzepts betreffen. Damit übernehmen sie auch Mitverantwortung für das Gelingen oder ein mögliches Scheitern. Anders als auf der vorhergehenden Stufe, der Mitwirkung bzw. Konsultation, gibt es Verfahren dafür, wie Wissen und Standpunkte in Projekte oder Konzepte einfließen. Insbesondere in eher komplexen Strukturen bedarf es hierfür geregelter und transparenter Verfahren, während in kleinen weniger komplexen Projekten oft auch informelle Formate und direkte Absprachen ausreichend sind.

Selbstverantwortung bedeutet, die Akteur\*innen haben nicht nur die Möglichkeit, Entscheidungen zu beeinflussen, sondern sie können auch die für die Umsetzung notwendigen Ressourcen eigenständig verwalten. Damit übernehmen sie auf einer sehr konkreten Ebene Verantwortung für das Gelingen eines Projekts bzw. die erfolgreiche Umsetzung eines Konzepts. Häufig ist Selbstverantwortung als partielle Selbstverantwortung zu beobachten. Die Akteur\*innen verantworten nicht das gesamte Projekt, sondern Teilbereiche, die ihnen zur Gestaltung überlassen werden.

Eigenständigkeit bzw. Selbstorganisation meint ein vollständig bzw. weitgehend autonomes Handeln von Akteur\*innen. Ein typisches Beispiel hierfür ist ein von Jugendlichen in Eigenregie initiiertes und selbstverwaltetes Jugendzentrum (vgl. z.B. Polis 2012, 6). Auch wenn Eigenständigkeit bzw. Selbstorganisation als die höchste Stufe der

Partizipationstreppe gilt, ist mit Blick auf den von uns verwendeten Begriff Partizipation kritisch anzumerken, dass sich selbstorganisierte Prozesse ab einem bestimmten Punkt einer breiten Einbindung verschließen können. So ist es denkbar, dass beispielsweise ein selbstverwaltetes Jugendzentrum nur noch Jugendliche zulässt, die bereits an dessen Aufbau beteiligt waren. Als Form der Partizipation kann Selbstorganisation letztlich nur dann gelten, wenn es eine Durchlässigkeit des Projekts zur Umwelt gibt, es also für bis dahin noch nicht beteiligte Akteur\*innen Möglichkeiten gibt, sich einzubringen.

Um die Qualität von Partizipation bewerten zu können, muss neben einem klaren Verständnis des Begriffs der Partizipation und der Stufen, auf denen sich Partizipation vollziehen kann, auch Klarheit darüber bestehen, wer in welchem Maß beteiligt werden soll. Oft lässt sich beobachten, dass unterschiedliche Akteur\*innengruppen in unterschiedlichem Maß eingebunden werden. Wenn dies schlüssig aus der Konzeption eines Projekts resultiert, dann ist das auch positiv zu bewerten. So erscheint es in einem Schulprojekt beispielsweise sinnvoll, Schüler\*innen als unmittelbar Betroffene einzubeziehen und zum Mitentscheiden einzuladen. Gleichzeitig kann es ausreichend sein, die Schulleitung lediglich über den Projektverlauf zu informieren. Allerdings kann eine unterschiedlich starke Einbindung verschiedener Akteur\*innengruppen oft auch eine Folge von Schwächen in der Konzeption und der Umsetzung partizipativer Prozesse sein. So lassen sich Akteur\*innen, die auf professioneller Ebene mit dem Gegenstand des partizipativen Prozesses befasst sind, leichter einbinden als z.B. Bürger\*innen. Entsprechend ist es bei einer Bewertung partizipativer Prozesse wichtig, immer auch zu reflektieren, was die Gründe und was die Folgen einer fehlenden Einbindung sind.

### **Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“**

„Demokratie leben!“ ist ein Programm, das seit 2015 durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird und für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander steht (BMFSFJ o.J.). Im Programmjahr, 2019, lag die Förder-summe bei 115,5 Millionen Euro.

Programmhistorisch entstammt „Demokratie leben!“ den Bemühungen der 90er Jahre, aktiv gegen Rechtsextremismus vorzugehen. Es ist das Ergebnis der Erfahrungen aus verschiedenen Vorgängerprogrammen, die entsprechend einen positiven Einfluss auf die Programmkonfiguration von „Demokratie leben!“ hatten. So werden Aktivitäten zum

Beispiel bundesweit und nicht auf die neuen Bundesländer beschränkt umgesetzt, wie dies etwa beim „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (1992 – 1997) und bei „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ (2001 – 2006) noch der Fall war. Es werden Strukturveränderungen auf unterschiedlichen Ebenen – Kommunen, Bundesländer, Bund – angestrebt. Mit seiner fünfjährigen Laufzeit bietet „Demokratie leben!“ eine deutlich langfristigere Perspektive als die Vorgängerprogramme „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (2007-2010) und „Toleranz fördern, Kompetenz stärken“ (2011-2014) und es ist zudem mit deutlich mehr Mitteln ausgestattet als diese, um nur einige Aspekte zu nennen, die sich als Lernerfahrungen im Programm „Demokratie leben!“ widerspiegeln.

Das Programm besteht aus verschiedenen Förderelementen, die einerseits dem Strukturaufbau, andererseits der Entwicklung und Erprobung von Arbeitsansätzen in verschiedenen Themenfeldern dienen (zur Übersicht BMFSFJ o.J.). Partizipation ist dabei ein Anspruch, der an alle Förderbereiche gestellt wird: Entweder sollen Projekte und Aktivitäten partizipativ umgesetzt werden oder es sollen partizipative Prozesse angestoßen werden.

Ein Instrument der Strukturförderung auf kommunaler Ebene sind die Partnerschaften für Demokratie. Partnerschaften für Demokratie sind integrierte Handlungsstrategien (zum Begriff der integrierten Handlungsstrategie vgl. Behn et al. 2013, 7ff.) zur Förderung von Demokratie und Vielfalt vor Ort (BMFSFJ 2018, 4f.). Durch ein gemeinschaftliches Handeln von relevanten Akteur\*innen – hierzu gehören neben den kommunalen Verwaltungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen explizit auch Bürger\*innen – soll demokratisches Verhalten gefördert und Phänomenen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und von Rechtsextremismus begegnet werden.

Partnerschaften für Demokratie werden bundesweit in 300 Städten und Regionen umgesetzt. Einer Partnerschaft für Demokratie stehen pro Jahr bis zu 100.000 Euro zur Verfügung. Davon werden bis zu 45.000 Euro für eine Koordinierungs- und Fachstelle verwendet, die restlichen Mittel für die Umsetzung von Projekten, ein Jugendforum sowie für Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und Partizipation (BMFSFJ 2018, 14f.), um so die nachhaltige Implementierung von Arbeitsstrukturen und Fachlichkeit in einer Region zu unterstützen (vgl. hierzu ausführlich Camino/ISS 2016, 6f.).

Einen weiteren Baustein stellt die Förderung von Modellprojekten dar, die zu unterschiedlichen Aspekten der Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention innovative Ansätze entwickeln und erproben. Ein großer Teil dieser Projekte wird bereits seit dem Programmstart gefördert. 2017 wurde die Modellprojektförderung um thematisch neue Förderbereiche ergänzt, sodass Projekte mit entsprechend kürzerer Laufzeit hinzukamen. Seit 2017 werden dabei unter der Überschrift „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“ 42 Modellprojekte mit einer Laufzeit von ca. zwei Jahren gefördert. Die meisten dieser Projekte werden in nur einem Bundesland umgesetzt, einige agieren aber auch bundesweit. Im Fokus stehen das Empowerment von (jungen) Menschen, die von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind, die Bewältigung von Konflikten in Sozialräumen und die Stärkung der Vielfalt in Organisationen und der Organisationslandschaft insgesamt – einerseits durch die Förderung von Migranten(-selbst-)organisationen, andererseits durch die interkulturelle Öffnung mehrheitsgesellschaftlich geprägter Organisationen. Die für die Umsetzung der Projekte zur Verfügung stehenden Budgets schwanken dabei erheblich. Im Durchschnitt stehen Projekten zu den Themen Empowerment und Konfliktbewältigung etwa 340.000 Euro pro Projekt über die gesamte Laufzeit zur Verfügung, bei den Projekten zur interkulturellen Öffnung von Organisationen sind es im Schnitt 520.000 Euro pro Projekt inklusive Eigenmitteln.

### **Chancen durch Partizipation**

Zu den Aufgaben der wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie und der Modellprojekte zum „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“ gehört die Untersuchung der Bedeutung von Partizipation in der Praxis der jeweiligen Programmbebereiche. Von Interesse war es dabei, nicht nur zu fragen, ob und wie partizipative Prozesse stattfinden, sondern auch, welche Erwartungen, Chancen, und Herausforderungen damit verbunden sind.

Den Partnerschaften für Demokratie geben die Programmleitlinien zwei Handlungsgremien – Begleitausschuss und Jugendforum – vor, in denen explizit partizipative Prozesse umgesetzt werden sollen. Allerdings sind die Begleitausschüsse aufgrund der Benennung fester Mitglieder nur bedingt für eine breite Beteiligung offen. Deutlich weiter gehen die Leitlinien mit der Aufforderung, dass durch geeignete Maßnahmen in einer breiten Öffentlichkeit für eine Mitwirkung gewonnen werden soll. Hier geht es darum, auch Bürger\*innen in die Entwicklung und Umsetzung eines integrierten Handlungskonzepts

einzubinden. Die Einbindung von Bürger\*innen erfolgt insbesondere im Rahmen von Demokratiekonferenzen. Dabei handelt es sich um Veranstaltungen, auf denen die Situation vor Ort, Ideen zur Veränderung sowie geeignete Handlungsansätze mit einer Vielzahl von Akteur\*innen diskutiert werden (sollen).

Mit der Einbindung von Bürger\*innen sind verschiedene Erwartungen verbunden. Die Beteiligung Vieler soll eine umfassende Problemanalyse für eine Region erlauben, die als Basis für das zu entwickelnde Handlungskonzept dient. Gleichzeitig sollen innovative Lösungsansätze gefunden werden, wie diesen Problemen zu begegnen ist. Hier soll die Einbeziehung von Bürger\*innen dazu beitragen, neue Wege – jenseits der regelmäßig genutzten Arbeitsansätze – zu finden. Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass Bürger\*innen sich aktiv in die Umsetzung der Handlungsstrategie einbringen und so Verantwortung für ihr Gemeinwesen übernehmen oder bei ihnen eine hohe Akzeptanz zu erwarten ist, wenn sie zuvor am Prozess der Problemanalyse und Zielformulierung beteiligt waren.

Beide Erwartungen sind zunächst instrumentell: Die Partizipation von Bürger\*innen soll die Qualität der integrierten Handlungsstrategie erhöhen und notwendiges Engagement für deren Realisierung sicherstellen.

Aber auch auf normativer Ebene werden Erwartungen an partizipative Prozesse geknüpft. So soll durch die Einbindung von Bürger\*innen das demokratische Bewusstsein in einer Region gestärkt werden. Partizipation trägt dazu bei, dass sich ein Werteverständnis etabliert, das in einer demokratisch verfassten Gesellschaft erwünscht ist. Dies erscheint insbesondere mit Blick auf einen zunehmend demokratiekritischen bis demokratiefeindlichen rechtspopulistischen Diskurs (vgl. hierzu z.B. Vehrkamp/Merkel 2019, 21ff.) bedeutsam. Gleichzeitig wird erwartet, dass die Einbindung von Bürger\*innen in die Entwicklung und Umsetzung eines integrierten Handlungskonzeptes der Partnerschaft für Demokratie eine hohe Akzeptanz dieses Konzeptes bewirkt. Gerade im Rahmen der gemeinsamen Entwicklung eines Konzeptes erfolgt eine diskursive Verständigung über von allen geteilte Werte und Positionen und deren jeweiliger Relevanz. Dieser aktive Prozess soll sicherstellen, dass die dem Handlungskonzept am Ende des Prozesses zugrundeliegenden Werte auch von möglichst vielen geteilt werden.

Die zum Thema „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“ geförderten Modellprojekte richten sich in der Regel an eine klar definierte und zahlenmäßig überschaubare Zielgruppe, seltener an die

Gesellschaft als Ganze. Insofern konzentriert sich auch der Partizipationsanspruch auf die spezifischen Zielgruppen der Projekte und soll – laut Förderrichtlinie – als Gestaltungsprinzip so in der Umsetzung verstanden werden. Dabei versteht sich Partizipation auch im Kontext von Modellprojekten nicht als Selbstzweck, sondern erfüllt ebenso wie bei den Partnerschaften für Demokratie sowohl instrumentelle als auch normative Zwecke, die miteinander in Wechselwirkung stehen.

Zunächst einmal geht es beim Partizipationsangebot um Glaubwürdigkeit gegenüber den Zielgruppen. Projekte, die sich für die politische und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen einsetzen, die bisher noch wenig eingebunden sind, müssen diese auch aktiv vorleben, um bei den Zielgruppen glaubwürdig zu sein. Gerade in der Empowerment-Arbeit mit Menschen, die von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind, spielt Beziehungsarbeit eine zentrale Rolle. Es gilt, eine nicht-paternalistische Beziehung auf Augenhöhe herzustellen, die es ermöglicht, erlebte Machtverhältnisse kritisch zu hinterfragen. Dazu gehört es auch, die Bedürfnisse, Ideen und Erfahrungen der Zielgruppen in der Gestaltung der Projekte aufzugreifen und darauf zu reagieren. So hat zum Beispiel ein Modellprojekt an Sekundarschulen Diskussionsgruppen eingerichtet, die sich über einen Zeitraum von zwei Jahren einmal pro Woche treffen, um über tagesaktuelle Themen zu sprechen. Das Projekt setzt auf einen Peer-to-Peer-Ansatz; die Teamer\*innen sind selbst junge Erwachsene. Viele der teilnehmenden Jugendlichen haben im schulischen und privaten Kontext die Erfahrung gemacht, dass ihre Positionen und Meinungen wenig Gewicht haben. Hier erleben einige von ihnen zum ersten Mal Betreuer\*innen, die ihnen zuhören, ihre Argumente ernst nehmen und auf sie eingehen. Damit machen die Jugendlichen wichtige Erfahrungen von Selbstwirksamkeit, die sie darin bestärken, sich auch außerhalb des Projekts einzubringen.

Im Kontext dieser Modellprojekte, in denen es vielfach um die Förderung politischer und gesellschaftlicher Teilhabe von Menschen geht, die bislang wenig repräsentiert sind, kann gelebte Partizipation auch als Training verstanden werden. Quasi im „geschützten Raum“ können Techniken, Prozesse und Werkzeuge von Teilhabe ausprobiert und geübt werden. Das Aushalten konträrer Positionen und Meinungen, die Erfahrung, in Diskussionen mit den eigenen Argumenten nicht immer überzeugen zu können und dennoch nicht zu „verlieren“, sind für diese Projekte zentral.

Partizipation ist auch ein zentraler Aspekt von Qualitätssicherung. Bereits in der Konzeptionsphase gilt es, die Relevanz des Projekts für die Zielgruppen sicherzustellen. Auch in der Umsetzung muss immer wieder überprüft werden, ob das Projekt den Bedarfen der Zielgruppen entspricht. Am leichtesten geht dies, wie bereits dargestellt, indem Zielgruppen in die Gestaltung einbezogen werden. Nur wenn die Projekte als relevant empfunden werden, werden sie auch angenommen und können ihre Wirkung entfalten – frei nach dem Leitsatz „Nicht über uns ohne uns“.

Letztlich kann gelungene Beteiligung auch eine wichtige Voraussetzung für die Nachhaltigkeit von Modellprojekten über deren Laufzeit hinaus sein. Wenn Zielgruppen aktiv eingebunden werden, erhöhen sich auch die Chancen, dass sie sich die Projekte aneignen und damit auch Verantwortung für deren Fortbestehen über die Förderlaufzeit hinaus übernehmen, sie sind also eine Voraussetzung für deren Nachhaltigkeit.

### **Realisierung von partizipativen Prozessen im Bundesprogramm „Demokratie leben!“**

Den Partnerschaften für Demokratie gelingt es grundsätzlich gut, partizipative Prozesse zu initiieren. Mit einem Jugendforum, das durch das Bundesprogramm gefördert wird, verfügen die Kommunen über eine Arbeitsstruktur, die Partizipation impliziert. Auch der sogenannte Begleitausschuss, in dem kommunale und zivilgesellschaftliche Akteur\*innen gemeinsam über die konzeptionelle Ausrichtung der Partnerschaft für Demokratie sowie über die Verwendung von Fördermitteln entscheiden, ermöglicht partizipative Prozesse. Der Anspruch an Partizipation, dem sich die Partnerschaften für Demokratie stellen, geht jedoch deutlich weiter: Viele Partnerschaften setzen sich als Ziel, auch Bürger\*innen in die Entwicklung und Umsetzung einer kommunalen Strategie einzubinden. Dies gelingt ihnen nur bedingt. Nach Einschätzung von kommunalen Expert\*innen aus unterschiedlichen Handlungsbereichen (Medien, Politik, Fachakteur\*innen) findet eine Einbindung von Bürger\*innen nur in einem Teil der Partnerschaften für Demokratie statt und häufig nur auf einem niedrigen Niveau.<sup>2</sup>

Wird die Information über Beteiligungsmöglichkeiten als Voraussetzung betrachtet, hängt eine Einbeziehung von Bürger\*innen in die

---

<sup>2</sup> In den 24 ausgewählten Partnerschaften wurden jeweils drei Interviews durchgeführt. Als Interviewpartner\*innen ausgewählt wurden Personen aus unterschiedlichen Handlungsfeldern, die sich in einer Kommune gut auskennen und selbst nicht in die Arbeitsstrukturen der Partnerschaft eingebunden sind. Somit konnte eine Bewertung aus ganz unterschiedlichen Perspektiven erfolgen. Lediglich für elf Partnerschaften kann jedoch die Qualität der Beteiligung von Bürger\*innen aufgrund dieser Interviews zuverlässig bewertet werden.

Partnerschaften für Demokratie unmittelbar von deren Bekanntheit ab. Bereits auf dieser Vorstufe der Partizipation können Defizite in der Umsetzung von partizipativen Prozessen identifiziert werden: Während die Partnerschaften für Demokratie in ihren Umsetzungsregionen in aller Regel den Fachakteur\*innen und den politischen Akteur\*innen gut bekannt sind, gelingt es nicht überall, die Partnerschaft bei den Bürger\*innen über den Kreis der bereits engagierten Bürger\*innen hinaus bekannt zu machen. Viele wissen nicht, dass es in ihrer Kommune eine Partnerschaft für Demokratie gibt. Bekanntheit erreichen jene Partnerschaften, die unkonventionelle und niedrigschwellige Methoden nutzen, um über Möglichkeiten der Beteiligung zu informieren. Hier werden Informationsangebote so unterbreitet, dass sie die Bürger\*innen aktiv ansprechen und zur Beteiligung motivieren (Camino/ISS 2017, 127). Die geschieht unter anderem dadurch, dass die notwendigen Informationen durch ein Mitmachformat, wie beispielsweise ein Quiz, in einer belebten Einkaufspassage vermittelt werden oder die Demokratiekonferenz in aller Öffentlichkeit auf dem Stadtfest durchgeführt wird.

Neben einer Information über Beteiligungsmöglichkeiten ist es erforderlich, dass Verfahren so angelegt sind, dass sie Partizipation auch tatsächlich ermöglichen. In vielen Partnerschaften werden Veranstaltungen durchgeführt, in denen Bürger\*innen ihre Meinungen und Anliegen formulieren können. Diese fließen dann zum Teil in das Konzept der Partnerschaft ein oder werden bei der Umsetzung von Aktivitäten der Partnerschaft berücksichtigt. Häufig gelingt es den Verantwortlichen jedoch nicht, die Standpunkte der Bürger\*innen systematisch aufzunehmen. Für die Bürger\*innen ist nicht transparent, ob und wie ihre Meinungen und Anliegen in die Partnerschaft einfließen. Sie werden zwar konsultiert, können also mitwirken, sind aber nicht in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Hier wird deutlich, dass Mitwirkung ebenso wie Information lediglich eine Vorstufe der Partizipation ist. In vier von elf untersuchten Regionen, für die Aussagen zur Beteiligung getroffen werden können, ist Mitwirkung die höchste Stufe, die auf der Partizipationstreppe erreicht wird. Auch wenn es sich nicht um Partizipation im eigentlichen Sinne handelt, können solche Mitwirkungsprozesse für Bürger\*innen gewinnbringend sein. Insbesondere für jene, die noch keine Erfahrung mit Beteiligungsprozessen haben, bilden sie oft eine gute Möglichkeit, sich den Themen der Partnerschaft anzunähern. Sie können zunächst eine beobachtende Rolle einnehmen, ohne zwingend einen Standpunkt vertreten zu müssen. Bürger\*innen werden so Lernprozesse ermöglicht. Wenn sie aus-

reichend Sicherheit gewonnen haben, können sie aus einer passiven Beobachterrolle in eine aktivere Rolle wechseln.

Partizipation von Bürger\*innen in Form von Mitentscheidung findet lediglich in drei von elf untersuchten Regionen, für die Aussagen zur Beteiligung getroffen werden können, statt. Hier können sich die Bürger\*innen in die Entscheidungen über die konzeptionelle Gestaltung und die Formen der Umsetzung der Partnerschaft einbringen. Veranstaltungen, die der Weiterentwicklung der Partnerschaft dienen, sind hier so konzipiert, dass es geregelte Verfahren gibt, wie die Ideen, Meinungen und Anliegen der Bürger\*innen aufgenommen und berücksichtigt werden. Themen und Ideen werden zusammengetragen, dokumentiert und in einem gemeinsamen Prozess in ein Format gebracht, das Eingang in die Konzeption der Partnerschaft für Demokratie finden kann. Als problematisch bewerten es die befragten Expert\*innen, dass es zumeist bereits engagierte Bürger\*innen sind, die sich im Rahmen solcher Veranstaltungen einbringen, auch wenn es grundsätzlich für alle Bürger\*innen möglich wäre, sich zu beteiligen. Um Bürger\*innen, die noch nicht engagiert sind, zu motivieren, sich in Entscheidungsprozesse einzubringen, bemühen sich die Partnerschaften, die Relevanz der Themen der Partnerschaft so zu verdeutlichen, dass die Bürger\*innen einen Bezug zwischen ihrem eigenen Alltag und der Partnerschaft erkennen können und ein Gestaltungsinteresse entwickeln.

Eine Selbstorganisation der Partnerschaft als höchste Partizipationsstufe durch die Bürger\*innen konnte in keiner Region beobachtet werden. Eine solche Form der Partizipation ist in der konzeptionellen Anlage der Partnerschaften durch die Programmgestaltung auch nicht vorgesehen. Eine Partnerschaft für Demokratie soll in einem Zusammenspiel vieler Akteur\*innen aus unterschiedlichen Bereichen und in Verantwortung der kommunalen Verwaltung umgesetzt werden und eben nicht allein durch Bürger\*innen. So soll ein möglichst breites gesellschaftliches Bündnis geschaffen werden, das die Partnerschaft für Demokratie trägt.

In der Praxis der Modellprojekte im Themenfeld „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“ wird die Beteiligung von Zielgruppen oft nur in eingeschränktem Maß umgesetzt (siehe Grafik unten). Zwar konsultiert ein großer Teil der Projekte Vertreter\*innen von Zielgruppen auf verschiedene Weisen und nimmt somit Bedarfe der

Zielgruppen auf, um das Projekt möglichst passgenau zu konzipieren oder zu überarbeiten. Zwei Drittel der Projekte tun dies bereits in der Konzeptionsphase, die restlichen erst in der Umsetzungsphase. Damit können Zielgruppenvertreter\*innen indirekt Einfluss auf die Projektumsetzung nehmen, sie haben jedoch keine Entscheidungsmacht.

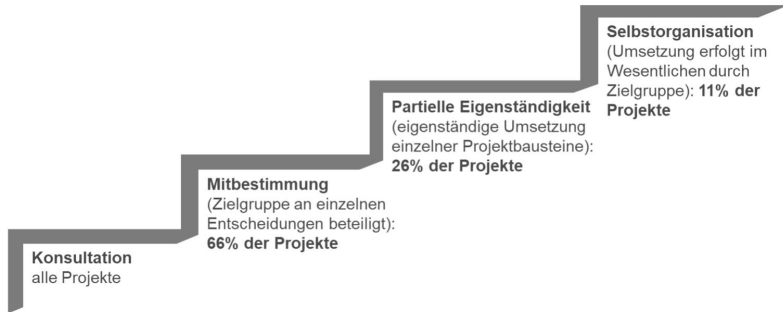


Abbildung 2: Umsetzung von Partizipationsstufen in den Modellprojekten zum Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft. Quelle: eigene Darstellung nach Sherry Arnsteins „Ladder of Participation“ (1969), Berechnungen basieren auf einer Online-Befragung der Modellprojekte im Mai 2018, N=35.

Projekte, die Partizipationsgelegenheiten für Jugendliche schaffen, verknüpfen diese oft mit dem Ziel, durch Erfahrungslernen Kompetenzen für die gesellschaftliche Teilhabe im weiteren Sinne zu vermitteln. Zum Beispiel sollen Kinder und Jugendliche motiviert werden, in für sie relevanten Entscheidungsprozessen ihre Ideen, Wünsche und Bedürfnisse zu artikulieren und aktiv einzubringen. Es geht hier also vor allem um das Ausprobieren von Beteiligung im geschützten Raum.

Auch lässt sich beobachten, dass in der Praxis informelle Formen der Konsultation deutlich häufiger sind als institutionalisierte Konsultationsverfahren. Dies gilt insbesondere für kleinere Träger. Beispiele für formellere Formate sind z.B. Bedarfsanalysen mit Zielgruppen, auf deren Basis Fortbildungskonzepte für diese erarbeitet werden. Im Bereich der Organisationsentwicklung werden organisationsinterne Interviews oder Fragebogenerhebungen eingesetzt, um angemessene Konzepte zur interkulturellen Sensibilisierung zu erarbeiten. In einigen Projekten sind Zielgruppen in Projektbeiräten vertreten. Deren Empfehlungen werden regelmäßig für Anpassungen in der Projektumsetzung genutzt.

Partizipation im eigentlichen Sinne, also als Beteiligung an Entscheidungen im Rahmen der Projektumsetzung, findet immerhin in zwei Drittel der Modellprojekte statt. So werden Dialog- und Diskussionsformate angeboten, bei denen sich Vertreter\*innen von Zielgruppen austauschen und gemeinsam mit den Projektvertreter\*innen die zukünftigen Themen, die bearbeitet werden sollen, festlegen oder über Handlungsschritte im Projekt entscheiden. Hierfür muss durch die Projektvertreter\*innen ein Raum geschaffen werden, der einen Austausch auf Augenhöhe möglich macht. Der Entscheidungsprozess sollte transparent und demokratisch angelegt sein, z.B. durch die Verankerung von Entscheidungsregeln.

Eine eigenständige Umsetzung einzelner Elemente oder Bausteine der Projekte durch Zielgruppen lässt sich nur bei einem Viertel der untersuchten Modellprojekte beobachten. Ein Beispiel sind Multiplikatoren-Fortbildungen, die zur Community-Organisation beitragen sollen. Dabei werden einzelne Module der Fortbildung durch Vertreter\*innen der Community, die angesprochen werden soll, selbst gestaltet und umgesetzt. Die Gesamtverantwortung für die Umsetzung liegt jedoch weiterhin bei den Projektmitarbeiter\*innen und wird durch deren Vorstellungen geprägt.

Die selbstorganisierte Umsetzung eines Modellprojekts stößt auf viele Herausforderungen und Hindernisse, die wir weiter unten skizzieren. Nur vier der durch die wissenschaftliche Begleitung untersuchten Modellprojekte werden im Wesentlichen durch die Zielgruppe selbst umgesetzt. Die Projektmitarbeiter\*innen nehmen bei diesen Projekten eher eine moderierende Rolle ein und schaffen den organisatorischen Rahmen. Ein Beispiel hierfür liefert ein Peer-to-Peer-Projekt, bei dem Jugendliche mit Migrationshintergrund junge Geflüchtete unterstützen. Die Aktivitäten, die darauf zielen, den Sozialraum für die Geflüchteten erfahrbar zu machen, werden hier weitgehend durch die jungen Mentor\*innen selbst bestimmt. Auch die Geflüchteten sollen im Rahmen des Mentorings in die Lage versetzt werden, selbstständig Projekte anzubieten. Dieser Ansatz, der den Zielgruppen ein hohes Maß an Eigenständigkeit gibt, ist dabei wesentliches Element der Empowerment-Strategie.

### **Welche Grenzen sind partizipativen Prozessen gesetzt?**

Dass in beiden untersuchten Programmbereichen partizipative Prozesse oft nur in eingeschränktem Maß umgesetzt werden, wirft die Frage nach den Grenzen und Herausforderungen auf, denen der Anspruch

der partizipativen Ausgestaltung von Prozessen der Entscheidungsfindung in der Praxis vielfach unterliegt. In den wissenschaftlichen Begleitungen der Partnerschaften für Demokratie und der Modellprojekte im Themenfeld „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“ konnten wir Grenzen und Stolpersteine vor allem in Bezug auf drei Faktoren beobachten: Zeit, Motivation und Organisation (Abbildung 3).

<b>Zeit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Individuell</li> <li>• Strukturell</li> </ul>
<b>Motivation</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Information</li> <li>• Interesse und Anreiz</li> <li>• Fähigkeit und Wissen</li> </ul>
<b>Organisation</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Transparenz</li> <li>• Strukturen und Prozesse</li> </ul>

*Abbildung 3: Herausforderungen für partizipative Prozesse*

Ein wichtiger und vielfach begrenzend wirkender Faktor ist die Differenz zwischen der Zeit, die Partizipationsprozesse erfordern, und der Zeit, die in der Praxis zur Verfügung steht. Dies gilt ebenso für die Initiator\*innen von partizipativen Prozessen als auch für deren Adressat\*innen. Die Organisation und Umsetzung partizipativer Prozesse geht immer mit einem nicht zu unterschätzenden Zeitaufwand einher. Der Faktor Zeit hat insofern eine strukturelle Bedeutung. Ist es erforderlich, schnelle Entscheidungen zu treffen, ist es gerade in komplex aufgebauten Strukturen wie den Partnerschaften für Demokratie oft nicht möglich, diese auf der Basis umfassender partizipativer Prozesse zu treffen. Auch mit Blick auf die begrenzte Förderlaufzeit von Modellprojekten wirkt der Zeitfaktor strukturell begrenzend. So zeigt sich in der Praxis, dass eine etwa zweijährige Laufzeit zu kurz ist, um die Zielgruppen soweit einzubinden und anzuleiten, dass sie eigenständig Teile der Projekte umsetzen könnten.

Auch auf individueller Ebene ist der Faktor Zeit bedeutsam: Wie eingangs dargelegt, ist der Anspruch, partizipative Prozesse umzusetzen, ein ubiquitärer. Dem\*der Einzelnen kann es aber nicht gelingen, sich an allen Prozessen zu beteiligen, die sein\*ihr Leben betreffen. Zwangsläufig müssen Akteur\*innen auswählen, welche Prozesse für sie so bedeutsam sind, dass sie sich die Zeit nehmen, die notwendig ist, um sich einzubringen.

Akteur\*innen benötigen nicht nur ausreichend Zeit, um sich in partizipative Prozesse einzubringen, sondern müssen hierfür auch motiviert sein. Dazu benötigen sie zunächst Informationen, woran sie sich beteiligen können und zu welchem Zweck. Wichtig ist es, dass sie erkennen können, welchen Bezug ein partizipativer Prozess zu ihrer individuellen Lebenswelt hat.

Ebenfalls einen Einfluss auf die Motivation von Akteur\*innen hat die Transparenz, mit der partizipative Prozesse umgesetzt werden. Für Beteiligte ist es wichtig, zu wissen, wie ihre Standpunkte und ihr Engagement einfließen. Nach Möglichkeit sollte sichtbar gemacht werden, wie etwaige Beiträge aus Partizipationsprozessen den weiteren Projektverlauf beeinflussen und aus welchen Gründen Beiträge möglicherweise nicht berücksichtigt werden können.

Damit sich Bürger\*innen und andere Akteur\*innen in einen Prozess einbringen können, benötigen sie das hierfür notwendige Wissen und die Fähigkeiten dazu. Dem Gelingen von partizipativen Prozessen ist dann eine Grenze gesetzt, wenn sie hinsichtlich des für eine Beteiligung erforderlichen Wissens und/oder der Fähigkeiten zu hohe Ansprüche stellen. Aber auch diejenigen, die partizipative Prozesse initiieren und begleiten, benötigen entsprechende Kompetenzen. So setzt ein partizipativer Prozess z.B. die Bereitschaft und die Fähigkeit voraus, sich mit sehr unterschiedlichen Standpunkten auseinanderzusetzen und diese zu akzeptieren.

Die Modellprojekte haben gezeigt, dass gelebte Partizipation eine Ergebnisoffenheit mit sich bringt, die sich nicht immer mit den Vorgaben der Fördergeber\*innen verträgt. Schließlich müssen Ziele und Ergebnisse oft im Vorfeld recht detailliert beschrieben werden. Hier besteht die Gefahr, dass Partizipationsangebote aufgrund der vorgegebenen Strukturen und Prozesse ihre Glaubwürdigkeit verlieren und den Projekterfolg womöglich sogar negativ beeinflussen.

In der Arbeit mit Menschen, die von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind, insbesondere mit Geflüchteten, kommt hinzu, dass auch Ängste und Zweifel mit Beteiligung und Meinungsäußerung verbunden sein können, gerade bei einem unklaren Aufenthaltsstatus. Dann kann es zunächst nötig sein, in kleinen Schritten vertrauensvolle Beziehungen aufzubauen und Partizipationsmöglichkeiten langsam auszubauen.

## Fazit

Für nahezu alle Bereiche des Programms „Demokratie leben!“ ist Partizipation als ein Aspekt der Demokratieförderung ein wichtiges Instrument der Zielentwicklung und Projektumsetzung. Programmbereiche wie die Partnerschaften für Demokratie und die Modellprojekte zum „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“, die in ihren Strukturen, Zielen und Ausrichtungen sehr unterschiedlich sind, verbinden mit dem Partizipationsanspruch gleichermaßen instrumentelle wie normative Erwartungen. Doch auch wenn die Beteiligung von Zielgruppen und projektrelevanten Akteur\*innen als Wert in der Projekt- und Förderpraxis kaum umstritten ist, setzen die Projekte sowie die Partnerschaften für Demokratie diese nur teilweise in ihren Konzepten um und begegnen in der Praxis immer wieder ähnlichen Herausforderungen und Grenzen. Tatsächlich stellt sich Partizipation im Projektalltag oft als voraussetzungsreicher dar, als ursprünglich angenommen, und kann ihr Wirkpotenzial nicht voll einlösen. Das unterstreicht, dass ein genauer Blick auf ihr Wirken lohnend ist.

Projektakteur\*innen müssen sich – idealerweise im Rahmen der Projektkonzeption – fragen, was sie sich von der Einbeziehung unterschiedlicher Akteur\*innen erwarten und welche Akteur\*innen auf welchem Niveau eingebunden werden sollten, um die Ziele eines Projekts zu erreichen. Um zu gelingen bedarf Partizipation transparenter Strukturen und Prozesse. Wenn relevante Akteur\*innen eine klare Vorstellung davon haben, wie ihre Beteiligung gestaltend auf ein Projekt wirkt, sind sie eher motiviert, ihre Zeit dafür zu verwenden.

Wenn klar ist, wer mit welchem Ziel und in welchem Maß beteiligt werden soll, können entsprechende Beteiligungsformate entwickelt werden, die sowohl praktisch als auch inhaltlich zu den Zielgruppen passen. Es lohnt sich, genauer zu differenzieren als nur z.B. zwischen Fachakteur\*innen, Bürger\*innen und Jugendlichen. Gerade wenn Menschen angesprochen und motiviert werden sollen, sich in Beteiligungsprozesse einzubringen, die damit noch wenig Erfahrung haben, müssen die spezifischen Barrieren identifiziert und möglichst beseitigt werden. Zuweilen kann es nötig sein, Lernprozesse zu initiieren, um den Akteur\*innen die für die angedachten Beteiligungsprozesse notwendigen Fähigkeiten zu vermitteln.

Dass es nicht praktisch ist, wenn alle alles gemeinsam entscheiden, ist in der Regel zwar bekannt, was allerdings gemeinsam auf welchen Ebenen entschieden wird, wird oft nicht explizit gemacht. Beteilig-

te können der Beteiligung schnell überdrüssig werden, wenn unklar ist, wie ihre Beiträge aufgenommen werden. Transparente Entscheidungsregeln können helfen, Klarheit zu schaffen.

Wieviel Partizipation sinnvoll und umsetzbar ist, hängt letztlich auch davon ab, wieviel Ergebnisoffenheit in einem Projekt möglich ist, denn je partizipativer ein Projekt umgesetzt werden soll, desto ergebnisoffener muss es sein. Es lässt sich also weniger gut als in der Förderpraxis vielfach erwünscht vorhersagen, welche konkreten Ergebnisse von einem Projekt zu erwarten sind. Wo echte Partizipation gewünscht ist, sollte diese Ergebnisoffenheit aber dazugehören, damit Beteiligung nicht zum leeren Versprechen wird. Wenn diese Ergebnisoffenheit nicht gegeben ist, stößt der Partizipationsanspruch an eine klare Grenze und muss entsprechend angepasst werden.

Die Beobachtung der unterschiedlichen Programmbereiche von „Demokratie leben!“ bestätigt, dass gelungene Partizipation ein wichtiger Erfolgsfaktor für die übergeordneten Ziele eines Projekts ist. Sie zeigt aber auch, dass der mit der Umsetzung verbundene Aufwand immer wieder unterschätzt wird. Beteiligungsstrategien und die Umsetzung entsprechender Prozesse, die in angemessener Weise die oben skizzierten Herausforderungen berücksichtigen, erfordern entsprechende Kapazitäten und Ressourcen, die in der Praxis oft nicht zur Verfügung stehen.

Insofern ist für eine gelingende Partizipation zweierlei relevant: Konzeptionell ist zu reflektieren, was durch einen partizipativen Prozess erreicht werden soll und welche Grenzen einem partizipativen Prozess gesetzt sind. Strukturell wird ein Rahmen benötigt, der partizipative Prozesse ermöglicht und unterstützt.

## Literatur

- Ahrens, Sönke/Wimmer, Michael (2014): Das Demokratieversprechen des Partizipationsdiskurses. Die Gleichsetzung von Demokratie und Partizipation. In: Schäfer, Alfred (Hg.): Hegemonie und autorisierende Verführung. Paderborn, S. 175–200.
- Arnstein, Sherry (1969): A Ladder of Citizen Participation. In: *Journal of the American Institute of Planners* (35), S. 216–224.
- Behn, Sabine/Bohn, Irina/Karliczek, Kari-Maria/Lüter, Albrecht/Sträter, Till (2013): Lokale Aktionspläne für Demokratie. Zivilgesellschaft und Kommune in der Auseinandersetzung mit

- Rechtsextremismus. Ergebnisse der Evaluation des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“. Weinheim/Basel.
- Bora, Alfons (2005): Partizipation als politische Inklusionsformel. In: Gusy, Christoph/Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.): Inklusion und Partizipation. Politische Kommunikation im historischen Wandel. Frankfurt/New York, S. 15–34.
- BMFSFJ (2018): Bundesprogramm Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Bundesweite Förderung lokaler „Partnerschaften für Demokratie“. Leitlinie Förderbereich A. [https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Leitlinien/180720\\_Foerderleitlinie\\_A\\_2018\\_final\\_barrierefrei.pdf](https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Leitlinien/180720_Foerderleitlinie_A_2018_final_barrierefrei.pdf), 19.7.2019.
- BMFSFJ (o.J.): Homepage des Programms „Demokratie leben!“ <https://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben.html>, 19.7.2019.
- Camino (2018): Zwischenbericht zur wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs H „Förderung von Modellprojekten zum Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ 1.10.2017-28.2.2018 Explorationsphase, [https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Abschlussberichte/180615\\_1\\_Zwischenbericht\\_H\\_ag.pdf](https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Abschlussberichte/180615_1_Zwischenbericht_H_ag.pdf), 1.8.2019.
- Camino/ISS (2016): Zweiter Zwischenbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. [https://camino-werkstatt.de/downloads/Zweiter\\_Zwischenbericht\\_WB\\_2016.pdf](https://camino-werkstatt.de/downloads/Zweiter_Zwischenbericht_WB_2016.pdf), 19.7.2019.
- Camino/ISS (2017): Dritter Zwischenbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. [https://camino-werkstatt.de/downloads/Dritter\\_Zwischenbericht\\_WB-PfD\\_2017.pdf](https://camino-werkstatt.de/downloads/Dritter_Zwischenbericht_WB-PfD_2017.pdf), 19.7.2019.
- Gusy, Christoph (2005): Zusammenfassung Inklusion und Partizipation, in ders. (Hg.) Inklusion und Partizipation. Politische Kommunikation im historischen Wandel. Frankfurt/New York, S. 247-257.
- Habermas, Jürgen (1998): Faktizität und Geltung. Frankfurt a.M. Polis 2012: Partizipation von Kindern und Jugendlichen.

[https://www.partizipation.at/fileadmin/media\\_data/Downloads/themen/polis\\_partizipationvonkindernundjugendlichen\\_4\\_12.pdf](https://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/themen/polis_partizipationvonkindernundjugendlichen_4_12.pdf), 19.7.2019.

Vehrkamp, Robert/Merkel, Wolfgang (2019): Populismusbarometer 2018. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/populismusbarometer-2018/>, 20.8.2019.

## **Inhalt**

Vorwort der Herausgeber 7

### **I. Der 24. Deutsche Präventionstag im Überblick**

*Erich Marks*

Zur Eröffnung des 24. Deutschen Präventionstages 11

*Erich Marks*

Zusammenfassende Gesamtdarstellung des  
24. Deutschen Präventionstages 27

*Merle Werner, Rainer Strobl*

Evaluation des 24. Deutschen Präventionstages  
am 20. und 21. Mai 2019 in Berlin 67

### **II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte**

*Rami Ali, Felix Lippe*

Jamal al-Khatib – Mein Weg! Partizipatives Online  
Streetwork gegen gewalttätigen Fanatismus 117

*Lan Böhm*

Demokratiestärkung und Extremismusprävention in ländlichen  
und strukturschwachen Räumen – Das Bundesprogramm  
„Zusammenhalt durch Teilhabe“ 143

*Jens Borchert, Diana Beyer, Maren Jütz*

Politische Bildung im Jugendstrafvollzug.  
Spezifika, Themen und Definitionen – Ein Zwischenbericht 147

*Niels Gatzke*

Ein Präventionsrat zur Aktivierung der Zivilgesellschaft 167

*Joschka Gatzlaff*

Radikalisierungsprozesse in Haft – Das „System fit machen“ 171

*Thomas Gill*

Demokratieförderung, politische Bildung und Prävention im  
Kontext von Flucht 175

<i>Nadine Jukschat, Maruta Herding, Maria Jakob</i> Demokratieförderung im Strafvollzug. Erfahrungen aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“	187
<i>Kari-Maria Karliczek, Jasmin Rocha</i> Chancen und Grenzen von Partizipation. Die Organisation partizipativer Prozesse im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“	207
<i>Christoph Kopke, Philipp Kuschewski</i> Das Kooperationsprojekt „Politische Bildung und Polizei“	229
<i>Tobias Lehmeier, Laura Liebscher</i> Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit aus der extremen Rechten	245
<i>Svenja Pasternack</i> „Grenzerfahrungen“. Ein Modellprojekt zur Stärkung der Demokratiefähigkeit und Rechtsextremismusprävention bei jungen Menschen	253
<i>Helmolt Rademacher</i> Gewaltprävention und Demokratiepädagogik in der Schule	261
<i>Larissa Sander</i> RADIKAL ICH – Prävention durch Identitätsstärkung	269
<i>Kerstin Sischka</i> Professionell arbeiten unter extrem(istisch)en Bedingungen?!	277
<i>Ann-Sofie Susen</i> Diskursive Beteiligung im Gemeinwesen: Der Ansatz „Community Communication“	289
<i>Yvette Völschow, Marlene Gadzala</i> Toleranz und Sicherheitsempfinden in einer strukturschwächeren Kleinstadt	299
<i>Stephan Voß</i> Der Neuköllner Aufruf der Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention (IGG)	315

*Harald Weilnböck*

Intensivpädagogische politische Bildung –  
Narrative Gesprächsgruppen an Schulen im ländlichen  
und kleinstädtischen Raum

319

**III. Autor\*innen**

369